

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 21

Artikel: Die Normalisierung wird total : die Lage im tschechoslowakischen Protektorat Herbst 1970
Autor: Csizmas, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092635>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Lage im tschechoslowakischen Protektorat Herbst 1970

Die Normalisierung wird total

Von Michael Csizmas

Zur gleichen Zeit, da Helsinki den tschechoslowakischen Marschall Pétain, General Svoboda, zum Staatsbesuch empfing, zur gleichen Zeit, da Bonn die Normalisierung seiner Beziehungen zur normalisierten Tschechoslowakei begann, ging man in der CSSR selbst daran, ungefähr alles zu vollenden, wovon selbst das heutige Kollaborationsregime gesagt hatte, dazu werde es nicht kommen: Von politischen Prozessen bis zu jenen «administrativen Massnahmen», die aus Arbeitsentlassungen, Parteiausschlüssen oder Verhaftungen jener Leute bestehen, deren politische Gesinnung nicht den obrigkeitlichen Anforderungen entspricht.

● Der politische Prozess gegen acht Intellektuelle, der am letzten Donnerstag hätte beginnen sollen, ist zwar in letzter Minute verschoben worden, aber er bleibt auf dem Programm. Der Präzedenzfall ist mit der Verurteilung des Journalisten Ota Filip seit dem 17. Februar ohnehin schon geschaffen. Damit sind die Erklärungen von Parteichef Husak, politische Prozesse werde es nicht geben, bereits Lügen. Auch Svobodas Versicherung, solange er amtierte, werde es keine politischen Prozesse geben, ist tatsachenwidrig.

Unter den Angeklagten im neuen Verfahren befinden sich der Autor der «2000 Worte» von 1968, Ludvík Vaculík, die Schriftsteller und Journalisten Václav Pavel und Jiří Hochmann, der Schachmeister Ludek Pachmann, den man in der Haft gefoltert hat. Die politischen Gefangenen ohne Prozess durch Folterungen und entsprechenden (vielleicht sogar letalen) Methoden kaputt zu machen, wäre natürlich auch eine Lösung. Aber weil das nicht in Brasilien stattfindet, sind unsere Gewissen von der Pflicht befreit, sich zu empören.

● Die «Ueberprüfung» der gewöhnlichen Parteimitglieder ist der Ausschaltung der Reformpolitiker auf dem Fusse gefolgt. Die Säuberung,

über die in diesem Beitrag näher berichtet wird, hat für die Betroffenen direkte Folgen an ihrem Arbeitsplatz. Damit sind die Versicherungen vom «Ausbleiben administrativer Massnahmen», Versicherungen, welche zu verbreiten die Parteipresse noch heute die Frechheit hat, auf schamlose Weise gelogen. So sieht die Glaubwürdigkeit unserer «sozialistischen Partner» aus, denen wir in mutiger Abwendung vom «kalten Krieg» doch wirklich endlich vertrauen müssen.

● Und nun sind in der neuesten Aktion auch die Parteilosen dran, die Fragebogen der Inquisition ausfüllen zu müssen. Die Normalisierung wird total. So total, wie sie schon unter dem analogen Protektorat zwischen 1939 und 1945 gewesen war.

Die tschechoslowakischen Kommunisten im Jahre Null

Die Behauptung der Führer der fünf Okkupantenstaaten, die Warschauer-Pakt-Truppen, hätten die Tschechoslowakei lediglich besetzt, um deren Grenzen gegen den Westen zu schützen, nicht aber, um sich in die internen Angelegenheiten des Landes einzumischen, war gewiss die grösste

den, als er in einem Telegramm an die Adresse des Zürcher «Zeitdienstes» telegraphierte und gegen die Darstellung der Ereignisse in Ungarn in dieser Zeitung protestierte. Zwei Monate später veröffentlichte Noel H. Field im selben Blatt einen ausführlichen Erlebnisbericht, in dem er die sowjetische Intervention in Ungarn und die Niederwerfung der «Konterrevolution» begeistert begrüsste. Sein Lob auf die Sowjets übertraf sogar vielfach das von Kadar.

Das exemplarische Verhalten der Schweizer Kommunisten

Die Opfer, welche die Fields für ihre Ueberzeugung brachten, und das, was sie zur Zeit des Weltkrieges für die Rettung von Kommunisten getan hatten, wurden nicht nur von ihren östlichen, sondern auch von ihren westlichen Gesinnungsfreunden verräterisch belohnt. Wie François Bondy in der «Weltwoche» vom 25. September 1970 berichtete, versuchte er seinerzeit, Schweizer Kommunisten und Leiter von Hilfsorganisationen um Intervention für die Fields zu bitten. Bondy musste eine erschütternde Erfahrung machen: «Sie versteinerten und taten, als sei ihnen dieser Name fremd. Mitten in Zürich erlebte ich auf einmal die eisige Atmosphäre des Bukarest, Budapest und Prag jener Jahre.»

Michael Csizmas

Untertreibung seit der Zeit, als Hitler seinen Einmarsch in Polen mit der Bedrohung seines Reiches durch den östlichen Nachbarn begründete.

Abgesehen von der Entführung Dubceks und seiner Kameraden durch sowjetische Sonderkommandos und abgesehen von der (wohl noch nicht abgeschlossenen) Errichtung eines Kollaborationsregimes, wird die sowjetische Führer-Erklärung auch durch die höchst «interne» Parteisäuberung widerlegt, welche von den Sowjets befohlen wurde und im September ihren (vorläufigen) Abschluss fand.

Der Prozess, in dessen Verlauf 1,7 Millionen Kommunisten unter die Lupe genommen wurden, hatte zum Ziel, das Gesicht der «Avantgarde des Proletariats» wesentlich zu verändern. Vor 120 000 ausgewählten und zuverlässigen Aktivisten mussten alle Parteimitglieder von ihrem Tun und Lassen im Reformjahr 1968 und in der ersten Hälfte 1969 (solange hatte der Protest noch gewisse Ausdrucksmöglichkeiten) Rechenschaft geben. Nach den Säuberungen wird mindestens ein Viertel aller Mitglieder ausscheiden und die damit verbundenen Konsequenzen eines sozialen Abstiegs auf sich zu nehmen haben. Das ist übrigens keine Vermutung, sondern eine Tatsache. Sie lässt sich etwa bestätigen durch die Aussage von S. Novak, Parteisekretär des Prager Mammutbetriebes CKD-Lokomotivka. Er gab der Presse folgende «beruhigende» Erklärung ab: «Jene (ausgeschlossenen Mitglieder), deren Arbeit sonst zufriedenstellend ist, werden nicht aus dem Betrieb entlassen, sondern lediglich an Stellen mit weniger Verantwortlichkeit versetzt.» Rührend. Natürlich müssen sich beispielsweise gemassregelte Journalisten nach einer Arbeit ausserhalb ihrer bisherigen Tätigkeit umsehen, ebenso die Mitarbeiter all jener Institutionen, die wegen zu grosser Verseuchung durch obrigkeitwidriges Denken überhaupt geschlossen wurden. Und ein Emil Zatopek ist immerhin als Wegmacher untergekommen und darf noch in einem Zigeunerwagen wohnen, sofern er mittlerweile nicht ein festes Dach von Gefängnis oder Irrenhaus über seinem Kopf erhalten hat.

Begründungen und «Begründungen»

Die Notwendigkeit zur Parteisäuberung ist in der tschechoslowakischen Presse mit einer Aussage begründet worden, der man (unter Vorbehalt einer umgekehrten Bewertung) nur zustimmen kann: «In der Sowjetunion gibt es parteilose Kommunisten, während es bei uns antikomunistische Parteimitglieder gibt.»

Der Massenausschluss von Kommunisten hat in «Zivot strany» zu Debatten mit peinlichen Fragestellungen geführt. Oft wird von Mitgliedern der plausible Einwand erhoben: «Was wollt ihr denn von mir. Auch das ZK-Präsidium der Partei hat beim Eintreffen der verbündeten Truppen einen falschen Standpunkt eingenommen.» Oder: «Wir haben doch gemäss den Beschlüssen der höheren Parteiorgane gehandelt. War das denn nicht im Sinne der Parteidisziplin unsere Pflicht?» Die Redaktion von «Zivot strany» weiss darauf eigentlich auch nur die ungewollt ketzerische Antwort zu geben, dass wahre Kommunisten die Weisungen der damaligen Parteiorgane eben nicht hätten befolgen dürfen.

Der Mann, der zuviel wusste

(Fortsetzung von Seite 9)



Zu den prominentesten Opfern, die Noel Fields «stille Zeugenaussage» belasteten, gehörte der hingerichtete ehemalige tschechoslowakische Parteichef Rudolf Slansky.

K. Mazak, Mitarbeiter vom tschechischen ZK-Büro, hatte am 20. Mai dieses Jahres die Gesichtspunkte erläutert, nach denen über den Ausschluss eines Parteimitglieds entschieden werden sollte. Es ging um die persönliche Stellungnahme des Geprüften zu folgenden Ereignissen:

- ZK-Beschluss vom Mai 1968;
- Vaculiks Aufruf der «2000 Worte» vom 27. Juni 1968;
- Einmarsch der «Verbündeten»;
- Moskauer Verhandlungsergebnisse Ende August 1968;
- Beschlüsse des ZK-Plenums vom November 1968;
- Antisowjetische Demonstrationen vom Januar 1969;
- Antisowjetische Demonstrationen vom März 1969;
- Wahl und Programm von Gustav Husak.

Provisorischer Kompromiss?

Die Führer des «Prager Frühlings» sind schon längst aus der Partei eliminiert, und die Säuberung des Parteiapparates (Funktionäre) war bereits 1969 abgeschlossen worden. Es war nur folgerichtig, dass darnach das Fussvolk drankam, dessen Herz 1968 so deutlich für die Reformpolitik geschlagen hatte.

Indessen trägt die abgeschlossene Aktion noch immer Kompromisscharakter. Man hatte zwar die führenden Positionen durch Kollaborateure und Verräter an Partei und Volk besetzen können, aber in den unteren Parteirängen gab es nicht annähernd genug Leute dieser Sorte. Der Widerstand in den Grundorganisationen war trotz allem Druck noch so gross, dass die Sowjets ihr Maximalziel, ein Bestand von höchstens einigen hunderttausend zuverlässigen Mitgliedern, nicht erreichten. Angeblich soll selbst Husak gegen einen Aderlass von solchem Ausmass gewesen sein. Das ist der Grund, weshalb der Abschluss der Parteisäuberung als provisorisch zu betrachten ist. In Presse und Radio erheben bereits die «Ultras» ihre Stimme, um der jetzigen Parteiführung zu grosse Lauheit in der Ueberprüfung der Parteimitgliedschaft vorzuwerfen.

Formulierungen wie beim Slansky-Prozess

Die Säuberungen und die damit verbundene Kampagne haben im Volk die Angst geweckt, dass die Zeiten der fünfziger Jahre zurückkehren. Manche der gemassregelten Politiker, wie Kriegel und Vodslon, hatten schon letztes Jahr vor dem Zentralkomitee eindringlich vor der Wiederkehr der politischen Prozesse gewarnt. Das war keine Schwarzmalerei gewesen, wie die anlaufenden Verfahren zeigen. In beängstigender Weise mehren sich die publizistischen Vorzeichen. Wie in den fünfziger Jahren wird die Presse nicht müde, Sündenböcke zu nennen und Feinde zu desavouieren.

Neben allgemein gehaltenen Drohungen trat insbesondere Innenminister Pelnar mit Behauptungen hervor, die inhaltlich sehr an die Anklagen des Slansky-Prozesses erinnern. Er verfüge über Beweise, sagte er, dass in der Partei eine rechtsgerichtete Verschwörung existierte, deren Teilnehmer mit den angloamerikanischen Imperialisten einen Sturz der Regierung und ein Ausseren der CSSR aus dem sozialistischen La-



ger planten. Man vergleiche diese Formulierungen mit den Prozessberichten aus den fünfziger Jahren (siehe zum Beispiel den vorstehenden Beitrag über Noel Field), und man wird die Analogie zu jenen Zeiten gewahr, deren Rückkehr angeblich so ausgeschlossen ist. Gottwald übrigens, unter dem die verbrecherischen Prozesse stattfanden, ist wiederum Parteiheros Nummer 1 geworden, und die Rehabilitierung der Opfer (die laut Erklärungen des jetzigen Regimes auch nach der Okkupation hätte weitergehen sollen) hat der Rehabilitierung der Henker Platz gemacht.

Die systematischen Verleumdungen erreichten insbesondere dieses Jahr ein Ausmass, welches an die Vorbereitung der Schauprozesse denken lässt.

Dubcek bleibt Sündenbock Nr. 1

Zum Sündenbock Nummer 1 wird der Ex-Parteichef Dubcek gestempelt, der im Juni 1970 aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Er sei ein prinzipienloser Opportunist und ein ehrloses Parteimitglied gewesen. Die Hoffnungen der imperialistischen Kreise zur Aufwühlung des sozialistischen Lagers und der Liquidierung des Sozialismus in der CSSR seien mit seiner Person eng verbunden. Husak begründete Dubceks Ausschluss so: Er habe in relativ kurzer Zeit die Partei ins Verderbnis, die gesellschaftlichen Organisationen an den Rand der Auflösung und die Wirtschaft in Inflation und Bankrott geführt. Er habe die CSSR innerhalb der sozialistischen Staaten isoliert und sie in grosse Gefahr gebracht. Er habe sich über die elementarsten Lehren des Marxismus und des Internationalismus hinweggesetzt.

Nicht minder negativ wird die heutige Tätigkeit von Smrkovsky, Kriegel, Sik, Boruvka, Slavik usw. beurteilt. Mitte August bestätigte die Bratislaver «Pravda» ungewollt die Vermutung, dass die Erklärung für die Invasion unter anderem darin zu suchen ist, dass der Demokratisierungsprozess das Machtmonopol einer bestimmten politischen Schicht zu unterminieren drohte. Die Zeitung behauptet, dass Mlynar die Entfernung von 250 000 Funktionären verlangte, die sich in der Novotny-Aera korrumpiert hatten. Die Kampagne zur Rehabilitierung der Opfer der Willkür diene laut «Pravda» vor allem dazu, die Partei und ihre Funktionäre anzuschwärzen und die Notwendigkeit eines «neuen Modells des Sozialismus» zu begründen. Die Rehabilitierung habe der Rechten als Vorwand zur Säuberung «ehrlicher Funktionäre» gedient. Der Selbstmord von 49 führenden Funktionären der Justiz und der Geheimpolizei, die in den Schauprozessen der fünfziger Jahre eine eminente Rolle spielten, erscheint jetzt in der «Pravda» als die Folge einer Hetze. Die Zeitung schreibt

schliesslich: «Die Karriere von Josef Smrkovsky war auf der Rehabilitierungskampagne aufgebaut, die von Ota Sik auf dem neuen Wirtschaftsmodell und die von Zdenek Mlynar auf dem neuen politischen System...»

Motive der Anprangerung: Vom Uran über die Kleine Entente zum Pluralismus

Die tschechoslowakische Presse entdeckte im August ein neues Verbrechen des Dubcek-Regimes: Es wollte den tschechoslowakischen Uran, diesen strategisch wichtigen Rohstoff, in die «Hände der Imperialisten» spielen und damit die Verteidigungskraft des sozialistischen Lagers schwächen. Laut Bericht ernannte Ministerpräsident Cernik zur Untersuchung der Verwertung der Uransätze des Landes eine Kommission. Im Mai 1968 habe diese Kommission Dubcek, Cernik, Sik und Bergbauminister Penc über die Lage der Uranerzförderung informiert und vorgeschlagen, das Erz nicht nur an die Sowjetunion, sondern auch an andere Staaten zu verkaufen, wenn diese sich verpflichteten, es nur für friedliche Zwecke zu verwenden. Zu gleicher Zeit äusserten der Parteivorstand der Skoda-Werke und das Parteikomitee der Stadt Plzen die Ansicht, dass man durch den Verkauf von Uran auf dem Weltmarkt auch eine Rekonstruktion der tschechoslowakischen Industrie ermöglichen hätte. Sie schrieben in einem Brief an das ZK: «... Bis jetzt haben wir mit unserem Uranschatz nicht richtig gewirtschaftet und dadurch der ganzen Volkswirtschaft Schaden zugefügt.» Die Lage in den Uranwerken von Pribram war noch lange nach der Intervention verworren, denn die Arbeiter wollten versuchen, die Lieferungen nach der Sowjetunion zu verhindern.

Unter den Anklagen, die jetzt an die Adresse der ehemaligen Reformpolitiker gerichtet sind, tauchte neuerdings die Behauptung auf, dass sie die Einheit der sozialistischen Staaten unterminieren und eine neue Kleine Entente unter Teilnahme von der CSSR, Jugoslawien, Rumänien und auch Ungarn gründen wollten. Laut «Tribuna» wollten sie mit diesem Bündnis anti-sowjetische Politik führen.

Schliesslich wurde in der Verleumdungskampagne auch die von den sowjetischen und ost-deutschen Zeitungen ausgebrütete These von der «stillen, unblutigen Konterrevolution» in der Tschechoslowakei übernommen. Danach wollten die Reformpolitiker eine Pluralisierung des politischen Systems erstreben und die Macht mit den Sozialdemokraten und Christdemokraten teilen. Damit hätten diese «antisozialistischen» Kräfte die führende Rolle der Partei verraten und einer «stillen Konterrevolution» zum Sieg verholfen. ■